

urde deshalb ge-  
erkannt. Dieser  
erkennt von oft  
verurteilt. Das  
Hilfemittel aufgetragen  
wegen Raub-  
dauernbremm  
Chro-  
nen Beihilfe zu  
erlaubt sowie Stel-  
len hatten im  
in Erkundung  
einen Lohnabber-  
überfallen. Der  
ann, der Bureau-  
stet wurden fall-  
zister des Trans-  
aus einem Bro-  
breitenden Wied-  
inen Geldkasten, in  
jedem auto und

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien,  
Heimstädtchen, Marienau, den Müllengrund, Rübschnappel und Tirschein.

Erhält täglich, außer Sonn- und Feiertags, mittags. —  
Bezugspreis: 4,75 M. monatlich frei ins Land, durch die Post  
bei Abholung 14,25 M. vierstjährlich. Bestellungen nehmen die Ge-  
schäftsstelle, sämtliche Poststellen, Schreiber und andere Zeitungs-  
träger entgegen. — Abonnement 20 M.



Einzelnenpreis: Die jahresgeplante Grundzeit wird mit 75 M.,  
für auswärtige Besteller mit 85 M. berechnet. Im Reklame- und  
amtlichen Teile kostet die dreieckige Zeile 1,75, für auswärtige  
2,00 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Herausgeber  
Nr. 7. Druckanstalt: "Tageblatt". Poststelle Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg,  
sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-L., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 64

Donnerstag, den 17. März 1921

71. Jahrgang

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Nach lebhafter Debatte billigte gleich den Sozialisten in Frankreich und England der Generalrat der belgischen sozialistischen Partei mit starker Mehrheit die Haltung der belgischen Delegierten auf der Londoner Konferenz.

\* Wie die T.U. erfährt, ist nach der Ablehnung des im Ruhrbergbau gefällten Schiedspruches durch den Alten Bergarbeiterverband zu Beginn der Woche das Verfahren von Überleichten auf den Jeden eingestellt worden.

\* Es bestätigt sich, daß der in Berlin ermordete Ausländer der frühere türkische Großwesir Talaat Pascha war; die Tat wurde aus politischer Rache begangen.

\* Die Times meldet, daß das Schiffahrtsamt beschlossen hat, daß die ehemaligen deutschen Schiffe nicht an Deutschland zurückverlaufen werden dürfen. Der Verlauf seitens der Regierung an britische Untertanen soll auch nur unter der Bedingung erfolgen, daß die Käufer die Schiffe innerhalb 5 Jahren nicht an Ausländer weiterverkaufen.

\* General Allen, der Kommandeur der amerikanischen Truppen am Rhein, hat die interalliierte Rheinlandkommission ersucht, die amerikanischen Truppen bei der abschuldigen Einführung der Zollgrenze am Rhein mitwirken zu lassen.

Gleiche Brüder, gleiche Roppen!

\* Die schwarze Schmach im Rheinlande nimmt immer größeren Umfang an, es treffen täglich neue Formationen schwarzer Truppen dort ein.

\* Das Organ der Mülhausen Sozialisten empfiehlt, gegen die Truppentransporte nach dem Ruhrgebiet den Generalstreik zu erklären.

\* Der englisch-russische Handelsvertrag und der russisch-polnische Präliminarfrieden sind unterzeichnet worden.

\* Wie verlautet, hat der französische Geschäftsträger in Berlin dem Staatssekretär v. Hanek Dienstag abend eine amtliche Note der französischen Regierung überreicht, die eine Beschwerde gegen General v. Seest wegen seiner vor den Offizieren und Beamten des Reichswehrministeriums gehaltenen Rede enthält.

\* Nach Meldungen aus Florenz soll der russische Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der erste russische Oberkommandierende im Weltkriege, auf seinem Gute in Toskana, wohin er sich seit einem Jahre zurückgezogen hatte, gestorben sein.

## Sächsischer Landtag.

(S.3.) Dresden, 16. März.

In der Mittwochsitzung des Landtages wurde zunächst ein Antrag der Kommunisten auf Ausstattung der Konfirmanden aus Staatsmitteln mit 42 gegen 34 Stimmen abgelehnt, eine Reihe von Stolzkapiteln verabschiedet und eine Vorlage über die Entschädigung für die an Gehirn-Rüdenmarschentzündung umgestandene Pferde und für an Maul- und Klovenseude gefallenes Rindvieh angenommen. Ebenso wurde ohne Ausprache die Änderung der Pfändleihgebühren beschlossen. Zum Schluß wurde in zweiter Beratung ein sozialistischer Antrag, der die gesetzliche Regelung des Bauarbeiterchuges im Baubetrieb fordert, angenommen, dabei aber eine Bestimmung, nach der in jeder Kreishauptmannschaft je 2 Aufsichtsbeamte aus der Bauarbeiterchaft fest eingestellt werden sollten, mit 45 bürgerlichen gegen 43 sozialistische Stimmen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 17. März, mittags 1 Uhr.

## Die Homogenität der sächsischen Regierungsmehrheit.

In letzter Zeit haben sich die Unstimigkeiten innerhalb der 3 sächsischen Regierungsparteien bemerklich sehr gehäuft, sodass — wie wir schon berichteten — aus den Kreisen der mehrheitssozialdemokratischen Landtagsfraktion schon in der Presse ganz offen die Frage erörtert wurde, wie man der sächsischen Regierung eine breitere und tragfähiger Basis geben könnte. Bezeichnenderweise ist die von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Bethke öffentlich aufgeworfene Frage bisher weder in den Organen der sogenannten Chemnitzer Richtung der sozialdemokratischen Partei, noch in der unabhängigen oder kommunistischen Presse weiter erörtert worden. Man will eben anscheinend trotz aller offensichtlichen Gegensätzlichkeit innerhalb der Regierungsparteien doch nicht von den Ministerseilen ohne weiteres weichen. Zu welchen Unmöglichkeiten das aber von Tag

zu Tag führen muß, zeigte sich besonders in der Mittwochsitzung des Landtages, in der die Unabhängigen und die Kommunisten, also 2 Regierungsparteien, den Entwurf des Justizministeriums ablehnten, also einem Mitglied der Regierung kein Gehalt verweigerten. Wirklich hatte der sächsische Justizminister, der Sozialdemokrat Harnisch sich gegenüber einem Antrag der Unabhängigen und Kommunisten gegen eine erneute allgemeine Amnestie ausgeprochen. Trotzdem aber hat das Gesamtministerium dem Drängen der Unabhängigen und Kommunisten entsprechend eine neue Amnestieverordnung eingebracht. Wie verlautet, hatte sich gegen diese Verordnung der Justizminister auch in der Sitzung des Gesamtministeriums ausgesprochen, und die Verweigerung eines Gehalts durch die zwei Regierungsparteien von der äußersten Linken ist nun die Quittung.

**Die künftige Finanzierung der sächsischen Reichsgemeinden.**

Am Mittwoch beriet der Haushaltsausschuss A des sächsischen Landtages das Haushaltsgesetz der evangelischen Kirche. Die geldlichen Verpflichtungen des Staates an die Kirche finden ihren Ausdruck in Form von Darlehen in Höhe von 17 Millionen Mark. Zunächst waren bereits 10 Millionen Mark von der Volkskammer bewilligt. Die bürgerlichen Parteien forderten eine feste Leistung des Staates, weil die Pflichten des Staates gegenüber der Kirche noch nicht gelöst sind. Es wurde auf Preußen hingewiesen, wo man diese Pflicht anerkannt hat, teilweise auch von sozialdemokratischer Seite. Ein dahingehender Antrag der Deutschen Nationalen wurde mit 11 sozialistischen gegen 10 bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Ein Erhöhungsvorlage, die Darlehen wenigstens unverzinslich zu gewähren, hatte das gleiche Schicksal. Darauf wurde die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Die bürgerlichen Parteien haben sich einen Mindestentnahmevertrag im Sinne der von ihnen vertretenen Forderungen für die Beratung im Plenum vorbehalten. — Der Rechtsausschuss des Landtages beriet am gleichen Tage die Kirchensteuervorlage. Hier wurde von bürgerlicher Seite ein Gutachten der juristischen Fakultät Leipzig gefordert über die Frage, ob der Staat das Recht habe, der Kirche bisher zustehende Steuerrechte einfach aufzuheben. Die sozialistische Ausschussemitte lehnte die Einholung eines solchen Gutachtens ab.

## Die staatlichen Elektroitätsunternehmen.

Im Haushaltsausschuss B des Landtages wurde am Mittwoch die Vorlage über das staatliche Elektroitätsunternehmen in Angriff genommen. Von Regierungssseite wurde die Entwicklung des Unternehmens als günstig bezeichnet. Der Berichterstatter bezweifelt u. a. die Rentabilität der Aktien der Tochtergesellschaften der "Elektra" bei einem Kurs von 180. Nach langerer Ausprache wurde ein Antrag angenommen, der die Frist für den Anlauf von Anteilen der S.E.P.G. bis zum 30. April verlängert.

## Deutsches Reich.

### Zur Erwerbslosenfürsorge.

(S.3.) Dresden. Der sächsische Landtag beschäftigte sich befonntlich schon seit vielen Wochen eingehend mit der Frage der Aufbesserung der Beilage der Erwerbslosen. Die Behandlung dieser Angelegenheit durch den Landtag — bisher 3 Sitzungen und rund 20 Sitzungen des Haushalttausschusses B — war einmal infolge der finanziellen Tragweite der Anforderungen und zum anderen, weil es sich vielfach um die Kompetenz des Reiches handelt, sehr schwierig. Sie steht nunmehr aber vor dem Abschluß. Jedenfalls wird der Haushalttausschuss B die Angelegenheit nun an das Plenum abgeben. Inzwischen aber haben vielfach örtliche Organisationen der Erwerbslosen bei den örtlich zuständigen Stellen neue Forderungen erhoben, zu denen die angegangenen Behörden, vor dem Bekanntwerden der Beschlüsse des Landtages, aus sich heraus gar nicht endgültig Stellung nehmen konnten, weil ja die Gemeinden wieder auf die Rückvergütung eines erheblichen Teiles der Unterstützungen an die Erwerbslosen vom Lande und diejenigen wieder vom Reich zurückgestattet werden müssen. So z. B. haben jetzt die Arbeitslosen der Amtshauptmannschaft Annaberg eine Reihe von Forderungen gestellt, in der u. a. verlangt wird, daß an die Konfirmanden und für den Schulanfang dringende Beihilfen und überhaupt Kinderhilfen an Ge-

milden mit über vier Kindern gewährt werden, die Hochbehördler sollen die Nachzahlung ebenfalls erhalten, dringende Beihilfe für Bekleidung, Wäsche und Heizmaterial an Voll- und Teil-Erwerbslose, Verabreichung aller Nahrungs- und Bedarfsartikel zu verbilligten Preisen und daß die Auszahlung der Staatsbeihilfe für die Erwerbslosen des Bezirks Annaberg in den nächsten Tagen erfolgt.

### Die Redetätigkeit der sächsischen Landtagsabgeordneten.

(S.3.) Im Landtag ist eine Zusammenstellung und Umsangsberichtigung über die in den ersten 30 Sitzungen gehaltenen Reden aufgestellt worden. Danach umfassen diese Reden in den Stenographischen Landtagsberichten insgesamt 1308 Spalten. Davor haben die Sozialdemokraten mit 27 Mitgliedern 242 Spalten, die Deutschen Nationalen mit 20 Mitgliedern 280 Spalten, die Deutsche Volkspartei mit 18 Mitgliedern 225 Spalten, die Unabhängigen mit 13 Mitgliedern 156 Spalten, die Kommunisten mit 9 Mitgliedern 159 Spalten und das Zentrum mit 1 Mitglied 13 Spalten geredet. Bei 96 Landtagsmitgliedern würde der auf ein Mitglied entfallende Durchschnittsanteil sich auf 13 fünf Spalten belaufen. Nach der Mitgliederzahl der einzelnen Fraktionen kommen durchschnittlich auf das einzelne Mitglied bei den Kommunisten 26, bei den Demokraten 19, bei den Deutschen Nationalen 14, beim Zentrum 13, bei den Deutschen Volkspartei 12, bei den Unabhängigen 12 und bei den Sozialdemokraten 8 Spalten.

### Aus dem Reichstag.

Berlin. Der Reichstag ließ in Sitzungen bis in die Nacht die Beratung des Etats vom Ministerium des Innern fort. Es werden allerlei Wünsche über Filmzensur, Schulreform, Auswanderungsberatung, Sicherheitspolizei und sonstige schöne Dinge vorgetragen. Es werden Resolutionen angenommen und abgelehnt; es hat sich die ganze Gesellschaft zu einem soliden Kaffeeklatsch entwickelt, auf dem alles und jedes durchgeholt wird. Abgesehen von dem Bureau des Hauses und denjenigen Abgeordneten, die sich zum Worte gemeldet haben, ist schließlich kaum jemand mehr im Saale. Die wenigen Herren, die unten hinwandeln und die Köpfe zusammenstoßen, hören auch nicht etwa zu, sondern amüsieren sich über ganz andere Dinge. Einem Abgeordneten der Rechten ist in diesen Tagen im Eifer des Gefechts das Wort vom Hundeschwanz entflohen, dem man „stilweise das Leben nicht ausbläßt“. Dazu hat Ledebour, der ein guter Zeichner ist, eine nette Karikatur entworfen, die jetzt herumgeht: ein in einer Kugel endender Hundeschwanz und dahinter der aus vollem Munde pfeifende Abgeordnete. Auf der Tribüne achtet niemand mehr auf das Dauergeröll. Die Zeitungsberichterstatter stellen schon vor 10 Uhr die Arbeit ein; das Papier ist losbarer als die Reden im hohen Hause. Da möchten die Dauerredner doch endlich begreifen.

### Die englischen Nationalisten verlangen Besiegung von München.

Noch eine Meldung der Deutschen Tageszeitung berichtet Daily Mail: Die Nationalisten haben im Unterhaus einen Antrag auf Besiegung von München und den eventuellen Einmarsch in Bayern gestellt, falls die bayerische Regierung die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr verzögert. Vorerst Law erläutert namens der Regierung, daß die bayerische Widerstandspolitik neue Sanctionen der Alliierten erforderlich macht, über deren Art und Weise Verhandlungen schwanken.

### Aufzug des sächsischen Oberpräsidenten.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörling, rüttet angesichts der Zustände im Industriebezirk des Regierungsbezirks Merseburg einen Aufzug an die Bevölkerung, der sich gegen die wilden Streiks, Räuberien, Plünderungen, die bandenmäßig verübt werden, Verbrechen aller Art richtet. In den nächsten Tagen werden starke Polizeikräfte an Orte des Industriebezirks gelegt werden, ohne sich in politischer oder gewerkschaftlicher Hinsicht binden zu lassen, die den geißelnden Verbrechen entgegentreten werden.

### Die erste Abstimmung.

Aus Rottweil wird berichtet: Die Abstimmung derjenigen Beamten und Stimmberchtigten, die am 20. März mit Rücksicht auf dienstliche Abhaltungen nicht abstimmen können, ist bereits am Sonntag vorstatten gegangen. Sie wies eine überaus große Beteiligung auf und verlief ohne jeden Zwischenfall.

### Ein deutscher Offizier erschossen.

Bei einer Fahrt im Kraftwagen wurde am Sonnabend nachmittag im Walde bei Karlošovice der deutsche Hauptmann der Abstimmungspolizei, Luschni, erschossen. Der Schuß kam aus dem Walde. In dem Kraftwagen sahen außer dem Erschossenen ein französischer Hauptmann und der englische Kontrolloffizier beim Kreiskontrolleur Kubitsch.

### Polnische Fälschungen.

Polnische Zeitungen verbreiten den Wortlaut eines erfundenen, vom 13. August 1920 aus Breslau datierten Geheimdokuments, das die Unterschrift eines Majors Bachträger und die angebliche Vorbereitung eines militärischen deutschen Uebersfalls auf Oberschlesien zum Gegenstand hat. Das angebliche Dokument ist, wie sich schon aus dem man gelhaften Stil und der Aufnahme in der deutschen Armee nicht mehr existierender Regimentsbezeichnungen ergibt, eine ungewöhnliche, der Abstimmungspropaganda dienende Fälschung.

### Hamborn gilt als besiegt.

Während vor einigen Tagen die Belagerung Hamborns wieder rüdagig gemacht wurde, ist nunmehr der Hamborner Stadtverwaltung von dem belgischen Truppenkommando erklärt worden, daß Hamborn, weil es zwischen dem besetzten Duisburg und dem besetzten Walsum liegt, nicht freibleiben könne und daher als besiegt zu gelten habe. Von der Belagerung der Stadt mit Truppen soll aber vorläufig abgesehen werden. Ob Truppen in die Stadt gelegt werden, werde ganz von dem Verhalten der Bevölkerung abhängen. Über die Stadt ist jedoch bereits der Belagerungszustand verhängt.

### Ein Entente-Offizier im Düsseldorf erschossen.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Alle in auswärtigen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über schwere Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Sicherheitspolizei mit Entente-Offizieren in Düsseldorf sind erfunden. Jutreffend ist nur, daß ein Offizier der Sicherheitspolizei mit 3000 Pf. Geldstrafe belegt worden ist, weil seine Leute einen Beklagungsoffizier nicht gerührt hatten. Hier sind zwei Abteilungen farbiger Franzosen eingetroffen, und zwar Schwarze und Anamiten. Sie werden vorläufig in ihren Quartieren zurückgehalten.

### Die Leg: an der deutsch-holländischen Grenze.

Die Grenzwachen an der deutsch-holländischen Grenze im besetzten Gebiet sind jetzt von den französischen Truppen übernommen worden. Die Kontrolle der Post wird sehr scharf gehandhabt. Viele Personen zogen am Tage der Belagerung nach über die Grenze, um sich für die allernächste Zeit mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen. Auch von holländischer Seite wird mitgeteilt, daß die französischen Grenzwachen den Auftrag haben, sehr streng aufzutreten. Der Grenzverkehr durfte daher wohl bald eingestellt werden.

### Jahrestag der Abstimmung in Nordschleswig.

Aus Anlaß des Jahrestages der Abstimmung in Nordschleswig bei der preußischen Minister des Innern Seevertrag an Oberbürgermeister Todten in Flensburg folgende Erörterung gerichtet: Die Abstimmung am 14. März 1920 hat die Sicht und Kraft des Deutschen bewiesen. Nur in Einigkeit vermögen wir unseren nationalen Besitzstand zu festigen und unseres Wiederaufstiegs zu sichern. Möge die Bevölkerung Schleswigs immerdar in Treue allen Schwierigkeiten, die sich ihrer friedlichen Entwicklung entgegenstellen, die Stütze bieten und unbeirrt an der Wiege zur deutschen Heimat, zur deutschen Sitte und Kultur und zur deutschen Sprache festhalten. Möge auch die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 ein gleich erhebendes Belebniß zum deutschen Vaterlande darstellen, wie es der unvergleichliche 14. März 1920 gewesen ist.

### Einigung zwischen Reichsregierung und Bayern?

Wie wir aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei erfahren, ist mit dem Austritt der Fraktion aus der Regierungskoalition kaum noch zu rechnen. Die Verhandlungen zwischen den Bayern und der Reichsregierung sind fortgegangen, und es ist gelungen, eine Einigungsbasis zu finden. Die Vorlage kommt heute im Plenum noch nicht zur Verhandlung. Bekanntlich ist ein Auskunftsgebildet worden, der sich noch einmal mit der Selbstschutzvorlage zu beschäftigen hat. Er dürfte voraussichtlich morgen seine Beratung aufnehmen und an der Vorlage noch verschiedene Änderungen vornehmen, durch die es der Bayerischen Volkspartei ermöglicht werden soll, ihren Widerstand aufzugeben. Die Vorlage wird dann voraussichtlich in den nächsten Tagen im Plenum zur Beratung kommen.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Calla, den 17. März 1921.

Unterstützung privater Unternehmungen aus öffentlichen Mitteln. Über die Möglichkeit der Unterstützung privater Unternehmungen aus Mitteln des Staates und der Gemeinden berücksichtigt noch irgende Anfragen. In Frage kommen hierfür die Hilfsfälle für gewerbliche Unternehmungen und die vom Reich für die produktive Erwerbsförderung zur Verfügung gestellten Gelder. Die letzteren dürfen von privaten Unternehmungen nur in seltenen Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden und nur dann, wenn feststeht, daß die Hilfsfälle für gewerbliche Unternehmungen in dem betreffenden Falle nicht in Betracht kommt. Diese Rasse gewährt Unterstützungen nur auf kurzer Zeit und bei geringerer Rentabilität des Betriebes. In beiden Fällen aber wird der Staat regelmäßigen einen Anteil an den zu erwartenden Gewinnen fordern. Bevor private Unternehmungen einen Antrag auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln stellen, empfiehlt es sich, daß sie sich über die hierbei geltenden Grundätze zunächst bei der Handelskammer unterrichten, die nach den gegenwärtig bestehenden Grundlagen in jedem Einzelfall sich gutachterlich darüber zu äußern hat, ob die Hilfsfälle für gewerbliche Unternehmungen in Anspruch zu nehmen ist oder nicht.

3. Die Dresden Frauen gegen die Verstaatlichung des Gebammewesens. Die im Stadtbund Dresden Frauenvereine zusammengefügten 128 Vereine bilden eine Vertreterinversammlung ab, in der nach Vorträgen der Landtagsabgeordneten Frau Büttmann (Deutschland, B.) und der Vorsitzenden des Gebammvereins Frau Höhfeld eine Entscheidung gegen die von der sächsischen sozialistischen Regierung geplante Verstaatlichung des Gebammewesens einstimmig angenommen wurde, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß es lebensfalis den Bünden der Gebammen entspricht, als Beamtinnen angestellt zu werden, und daß es die Mütter ablehnen müssen, in der freien

# „Erfolg für Gewaltanwendung“.

### Der Markt nach Berlin.

London, 16. März. Das Unterhaus hat am Montag die Wiedergutmachungsgesetzgebung betreffend die 50prozentige Ausfuhrabgabe von der deutschen Ausfuhr in zweiter Lesung angenommen. Wie zu erwarten war, opponierten nur die Sozialisten und die liberale Minorität und daneben noch einige Mitglieder der Regierungskoalition, leistete als Vorführer der Handelswelt.

Lord George ging in der Rede, mit der er die Bill zur Annahme empfahl, zunächst auf den Vorschlag Bottomleys ein, nach Berlin zu marschieren. Er fragt Bottomley, ob er diesen Plan ausgearbeitet habe, ob er wisse, wieviel Soldaten notwendig sein würden, um die Verbindungswege der Truppen zu schützen, und ob er auch die Kosten nachgerechnet habe. Die Soldaten würden als Lohnung kein Papiergeld annehmen. Sollten sie, wenn sie nach Berlin kämen, dort bleiben, bis sie die Entschädigung eingeholt hätten oder bis die Deutschen die alliierten Bedingungen angenommen haben würden? Wenn sie blieben, bis das geschehen sei, so würden sie mit einem Papierabkommen in der Tasche zurückkehren, aber weitergekommen wäre man nicht. Nur auf zwei Wegen könnte die Entschädigung eingeholt werden: durch Dienste oder durch den Wert von Waren. Einen anderen Weg wisse er nicht. Diese Bill sei eine der Methoden zur Einzäunung. Die Besorgnis, daß deutsche Waren nach Amerika ausgesetzt und dann nach England wieder eingesetzt würden, sei grundlos infolge der Frachtfälle, infolge des amerikanischen Zolltarifs und des Gewinns, den der amerikanische Importeur dabei machen wolle. Eine Schwierigkeit bei der Feststellung des Ursprungs der Waren werde nicht bestehen. Der Handel werde sich der neuen Lage anpassen. Obwohl zunächst Schwierigkeiten entstehen würden, werde die Durchführung des Planes in kurzer Zeit glatt vonstatten gehen.

Deutschland könne eins von drei Dingen tun: es könne erstens die gesamten 50 Prozent wiederstatuten. In diesem Falle werde nach der Überzeugung aller der Plan reibungslos arbeiten.

Deutschland könne sich zweitens weigern, sich irgendwie mit dieser Bill zu befassen, sowohl im ganzen als auch teilweise. In diesem Falle werde die Bill als Strafmaßnahme wirken und deutsche Waren aus England ausschließen, abgelehnen von den Waren, die England benötigt. Lord George schilderte, welche Verluste an Handelsgewinn und an Lohnen dies für Deutschland bedeuten würde. Deutschland würde dadurch seines Handels mit dem Vereinigten Königreich im Werte von 50 Millionen Pfund Sterling verlustig gehen, außerdem eines weiteren großen Betrages bei jedem Lande, das beschlossen hat, denselben Plan in Anwendung zu bringen. Bezugnehmend auf die Dominions erklärte Lord George, Kanada werde für sich selbst entscheiden. Er habe nicht das Recht, zu sagen, ob Kanada den Plan anwenden werde. Selbst wenn Italien oder Belgien, wie von mancher Seite zu verstehen gegeben sei, sich darin nicht beteiligen sollten, so werde Deutschland immer noch einen Handel von etwa 100 Millionen Pfund Sterling verlieren, wovon die Hälfte Lohnen repräsentierten.

Lord George legte, seiner Ansicht nach könne Deutschland dieser Lage nicht begegnen. Das Unterhaus solle sich in die Lage der deutschen Minister versetzen, die den deutschen Arbeitern gegenüberstehen müßten, welche sich den Vorschlägen der Alliierten nicht so widersetzen, wie von mancher Seite erklärte werde (!). Lord George erwähnte in diesem Zusammenhang eine in Düsseldorf abgehaltene Versammlung, auf der ein hervorragender französischer Jurist eine Anfrage hielt.

Drittens könne die deutsche Regierung erklären, daß sie nicht 50 Prozent zahlen werde, sondern einen Prozentsatz, der den Erfüllern noch einen angemessenen Überstand lasse.

Lord George berechnete den Gedanken als lächerlich, daß Belgien deutsche Waren kaufen werde, um sie in Herstellungsfabriken zu verarbeiten. Belgien habe eigene Produkte zu verkaufen, und es könne nicht einzehen, warum es von Deutschland Halbfabrikate beziehen sollte, um nur einen Gewinn von 25 Prozent zu ziehen, den es in die Waren hineinarbeiten könne. Lord George erklärte schließlich, er glaube, daß der Plan ein gutes Ergebnis zeitigen werde, und wenn er das nicht tue, werde er für den deutschen Handel als solche Strafmaßnahme wirken, da Deutschland sich ergeben und selbst ein Abkommen vorschlagen werde. Die Maßnahme sei ein Erfolg für Gewaltanwendung (?), für Waffengeltung, sie sei eine friedliche Methode der Einzäunung und sei ein zu rechtsetzender Ausweg, von dem er glaube, daß er allen Parteien gerecht werde.

Die Reparationsbill wurde darauf, wie bereits gemeldet, in zweiter Lesung ohne namentliche Abstimmung angenommen.

### Die Zollmaßnahmen im Rheinland.

Genf, 16. März. Die neuen Zollmaßnahmen im Rheinland sollen nach Berichten der Pariser Presse am 15. März in Kraft treten. Nach dem Besluß des Obersten Rates wird die Zollgrenze mit der gegenwärtigen Beziehungs-grenze zusammenfallen. Es werden 150 alliierte Zollstationen

Wahl der von ihnen in Aussicht genommenen Gebiete zu binden zu werden.

— Abmeldung vom Religionsunterricht. Der Reichstag nahm seiter in namenslicher Abstimmung mit 205 gegen 150 Stimmen den Antrag aller katholischen Parteien an, der die Regierung auffordert, baldst einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung in den Fällen zu erfolgen hat, in denen Richteilnahme von den Erziehungsberechtigten beobachtet wird.

3. Abgabe billigen Bauholzes zum Kleinwohnungsbaus. Der Haushaltshaushalt A des Landtages berichtet am Dienstag über die Abgabe billigen Bauholzes aus den Staatsforsten zum Zwecke des Kleinwohnungsbaus. Der Ausbau hatte früher den Wunsch ausgesprochen, daß aus den Staatsforsten 50 000 Kettmeter Bauholz zum billigen Preise abgegeben werden mögen. Finanzminister Heldt legte auseinander, daß ein zu zweites Entgegkommen angesichts der Finanzlage nicht möglich sei. Der Haushaltshaushalt A schließt mit einem Defizit von 300 Millionen Pf.

möbel er einen Schaden das Stadtkontorhaus zu haben.

Dresden. Zur Einsicht die Dresden städtisch mit der Eigentumsausübung und weiteren Innspektion handelt es sich, die sich der zwangsläufigen Befreiung nach befreien mühten gelegten Orte wiejenen insgesamt 58 649 Einwohnermeindeteile von 3 815 von 1918 betrug die 3. Orte 24 054 und der 76 101 910 Mart. Die wurde zuletzt mit 529 327 erfolgter Einverleibung steigen.

Fallenstein. (Ein Verteiler verdächtigt.)

Spieldorf. (Ein Verteiler verdächtigt.)

Die niedrige Interesse an der Beschlagnahme der Zölle an der französisch-belgischen Grenze wird nach dem „Matin“ auf jährlich 125 bis 150 Millionen Goldmark geschätzt. Da diese Summe als zu gering betrachtet wird, bestehen, wie bereits gemeldet, Tendenzen, auch andere öffentliche Eintümme des Rheinlandes zu ergreifen, wodurch angeblich ein Betrag von 450 bis 500 Millionen Goldmark jährlich der Wiederherstellungsfonds geführt werden könnte. Besondere Wirkung verspricht man sich jedoch von der Besetzung der Ruhrhäfen, da die durch Duisburg und Ruhrort durchgehenden Kohlenmengen auf jährlich 25 Millionen Tonnen erhöht werden. Entweder die Transporte werden fortgesetzt, und die Alliierten haben es dann in der Hand, über diese Kohlen nach Belieben zu verfügen, oder die Transporte werden unterbrochen, und dann muß, wenn die Hoffnungen der Alliierten in Erfüllung gehen, eine allgemeine Verstopfung des deutschen Kohlenbergbaus eintreten. Über alle diese Fragen hat Lord George im Namen des Obersten Rates der Internationalen Wirtschaftskommission in den Rheinlanden sehr eingehende Diskussionen zu kommen lassen.

### Der Friede auf die Neutralen beginnt.

Jülich, 16. März. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ mitteilt, ist gestern im Bundeshaus eine Note der englischen Regierung eingetroffen, wonach bei den Fabrikaten aus anderen Ländern die Abgabe nur erhoben wird, wenn die Ware 75 Prozent deutscher Waren- oder Materialwertes besteht. In einem Leitartikel führt das Blatt dazu aus, daß die immerhin weitgehende Definition der deutschen Waren hoffentlich verhindern werde, daß der Welt alle wirtschaftlichen Schikanen und Schwierigkeiten der Kriegszeit aufs neue beihalten werden. Die Einbringung eines allgemeinen Ursprungszugangs erfordert für die Neutralen sehr wenig erfreuliche Ausichten, da diese Maßnahme zweifellos Schwierigkeiten mit sich bringe, welche man mit dem Abschluß der Wirtschaftskoalition endgültig hinter sich zu haben glaubte.

### Ein neuer Rechtsbruch auf dem Marsch.

Paris, 16. März. „Journal“ folgt auf der Reparationsauszahlung gestern nachmittag in einer Sitzung, nachdem er bisher in mehreren Sitzungen die Frage geprüft hatte, den Wortlaut der Aufforderung festgestellt, welche an Deutschland gerichtet werden soll, damit dieses seinen Verpflichtungen vor dem 1. Mai nachkommt. Die nach Berlin gerichtete Note fragt außerdem bei der deutschen Regierung an, unter welcher Gestalt sie die Zusatzzahlung der 20 Milliarden Goldmark zu leisten gedenkt.

W.T.B. bemerkt dazu: Zu den wiederholten Meldungen aus Paris, die Reparationskommission habe beschlossen, an Deutschland noch vor dem 1. Mai 1921 eine Aufforderung zur Zahlung der nach ihrer Ansicht gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages bis dahin zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark zu richten, wird uns von Fachleuten Seite erneut bestätigt, daß die beteiligten deutschen Seiten nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands den Betrag von 20 Milliarden überschreiten. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, würde die Folge nur die sein können, daß nach Paragraph 12 Artikel 1 der Anlage 2 zu Artikel 244 des Friedensvertrages die aus diesem Grunde nicht eingelösten unverzinslichen Schätzweisen in verzinsliche Schätzweisen umzutauschen wären.

### Alles liegt bei Amerika.

London, 16. März. „Morning Post“ meldet aus Washington, daß der Vorsitz, die Vereinigten Staaten sollten als Schiedsrichter zwischen den Alliierten und Deutschland auftreten, welcher von den bedeutendsten New Yorker Geschäftsmännern und Kleinbetrieben gebildet ist. Die nach Berlin gerichtete Note fragt außerdem bei der deutschen Regierung an, unter welcher Gestalt sie die Zusatzzahlung der 20 Milliarden Goldmark zu leisten gedenkt.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Insolit. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 11 Uhr abgeschlossen. Infolge Auswirkungen der Erkrankung des Hauptmanns und des Leutnants und der unzureichende Bewältigung der Verpflichtungen. Trotz sofortiger Einbringung des Reiters der Polizei und einer weiteren Ulmer Polizeiabteilung ist die Haftaufnahme erfolglos. Dreizehn verfehlten. — (Ziel ein Schornsteinbauer in 40 Meter Höhe oben Ecke der Klosterruine) berichtete.

Ulm. (Ziel der Haftaufnahmen) ist gestern abends gegen 1



## Liederkranz.

Morgen Freitag 1,8 Uhr  
abends  
Gänsehaut-Gingen.  
Sonntags  
**Roncalli-Sammlung**  
Pünktliches Erreichen er-  
wünscht. Der Vorstand.

## Möbel

staunend billig!  
Küchen, 7-teilig v. Mk. 690 an  
Speisezimmer " 195 "  
Schlafzimmer " 1600 "  
Kleiderschränke " 100 "  
Sofas " 425 "  
Patentmatratzen mit Auflagen " 300 "  
Küchenbuffets " 420 "  
Tische " 145 "  
Stühle " 35 "  
Schreibtische " 475 "  
Herrenzimmer, Standuhren, Spiegel, Korbmöbel, Luxusmöbel,  
Ca. 100 Zimmer zur Wahl.  
Größte Auswahl Billig. Preise  
Möbelhaus

**Anton Pokorny,**  
Lichtenstein. Fernruf 49.

## Pa. Futtermais und Maischrot

Zentner 175 Mk. empfiehlt  
Emil Brödner,  
Mühle Wülzen St. Michael.

**Dauerwäsche**  
Kragen  
Manschetten  
Vorhemden  
auch für Konfirmanden  
empfiehlt  
**Karl Golditz**  
Lichtenstein - Callenberg.

## Konsumverein Haushalt

### Lichtenstein-Callenberg, C. C. m. b. o. In Lichtenstein - in Liquidation

Bilanz am 5. Dezember 1920.

Aktiva.				Baliva.	
Russenbestand	904	47	Kreditoren-Konto	6710	89
Warenbestand	4884	16	Stammanteil-Konto	3680	-
Debitoren-Konto	1404	44	Darlehn	2700	-
Giro-Guthaben	3458	23	Umsatzsteuer	855	90
Sparhassen-Guthaben	55	72	Diverse Konto	1223	-
Inventar	4800	-	Bermögensbestand	337	23
	15507	02		15507	02

Mitgliederbestand am 1. Oktober 1920  
ausg. schieden  
Bestand 5. Dezember 1920 198 Mitglieder.

**Geschäftsanteile:**  
Bestand am 1. Oktober 1920 3740 Mk. Bestand am 1. Oktober 1920 3960 Mk.  
Rückzahlung bis 5. Dez. 1920 60 Mk. Vermindert bis 5. Dez. 1920 — Mk.  
Bestand am 5. Dezember 1920 3680 Mk. Bestand am 5. Dezember 1920 3960 Mk.

Lichtenstein-C., den 17. März 1921.

**Liquidatoren:**  
Otto Winter, Emil Riebel, Robert Zippmann.

Den werten Einwohnern von Hohndorf-Rödlitz zur Kenntnis, dass ich von heute ab als

## Hebamme

tätig bin  
Gerechtsame Ausübung meines Amtes wird mir vor altem angelegen sein.

Hochachtungsvoll  
**Selma Hallarth, Hohndorf**  
Poststraße 26, bei Herrn Bäckerstr. Nohls.

## Metallbetten

Stahlrahmimatratzen, Kinderbetten  
Voller an Sebern. Total frei,  
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

Sehr schöne, gebrauchte  
und neue

## Pianos

kreuzförmig, zu duftig billigen Preisen zu verkaufen!

**Karl Otto, Pianofortefabrik,**  
Weizene i. S., Tel. 520.

## Solide Möbel!

Kompl. Wohnungseinrich-  
tungen, alle Arten einzelne  
Tischler- u. Polstermöbel,  
Ziermöbel, Kleinmöbel.

Über 50 Zimmer stets  
:: fertig zur Wahl ::  
Eigene Tischler-, Polster-,  
Dekorations-, Mai- u. Poller-  
werkstätten.

Verkauf: Geg. bare Kasse,  
auf Wunsch Zah-  
lungserleichterungen mit  
strenge Verschwiegenheit.

Möbel-Ausstattungs-Haus

**Max Ledermann,**  
Oelsnitz, Inn, Stollb.-Str. 5,  
Autobus- und Straßenbahn-Haltestelle.

**Hafenstall**  
zu verkaufen.  
Röhlig 66 b.

## Bekanntmachung.

Die Erneuerung der Arbeitserlegitionskarten  
für ausländische Arbeiter auf das Jahr 1921 ist baldigst,  
spätestens bis zum 31. März 1921  
zu beantragen.

Dem Antrage sind die vorjährigen Legitimationskarten  
und die Heimatkarte beizufügen.

**Stadtamt Lichtenstein-Callenberg,**

am 17. März 1921.

Der fällig gewesene II. Termin Gemeindegrund-  
steuer und IV. Termin Gewerbeabgabe ist bis  
spätestens zum 26. dieses Monats zu bezahlen.

Nach Ablauf dieser Frist muß das Mahn- bzw.  
Zwangsvollstreckungsverfahren durchgeführt werden.

**Stadtamt Lichtenstein-Callenberg,**

am 16. März 1921.

## Zukunft!

Charakter, Eheleben, Reich-  
tu., Glück wird nach Abro-  
tigen Preisen.  
**Fahrerabsatzkarte u. Lust-**  
schänke durch gröbere Abschlässe zu  
durchstießt niedrigsten Fabrik-  
preisen. Ersatzkarte billigst.  
Fahrerabsatzkarte

**Max Schenderlein,**  
Lichtenstein-Callenberg.

**Löpfe werden eingetrichrt**

Lichtenstein, Mühlgraben 4.

**Lid**

**Pilates**  
Pilates  
bei Möbeln  
Möbeln

Viertes Blatt

Stadt u. Verlag vor

**XI** 65

Auf Blatt 36  
Bauer & Heinze,  
Lichtenstein-Callenberg  
dass die Einlage des  
Amtsgericht Lichten-

**P**  
Die Nationierung  
worden.

Im Zukunft ke-  
Bedarf an Brenn-  
stellen ohne Bezugss-  
Bezirkssverb

1. Mitteilungen.
2. Wasserleitung.
3. Dispensation vor  
Bauliche.
4. Befähigungsschein  
und zur Führer-  
5. Armenhaus.
6. Verpachtung gem.
7. Besteuerung des  
einkommens.
8. Gemeindekranken

Hohndorf (Bez-  
Schu

**Anzeige**

Im Reitstage  
erhielt die Beratu-  
beratung tonnen nodi

Aus Duisburg  
partei Truppenmühl-  
dort vier alliierte Re-  
zessie in Duisburg  
Beliebung Ehens und  
seinen Vertragsverleih  
des Neubau hat dem  
meinen Attegetzt, da-  
schein, nicht bestagnan

Man ist also in E-

Der Martin im  
im dem Altwirt  
gegen den Beträger  
die vor Beratung

Ein Eisenbahnm-  
auf der Strecke Halle  
Herrn in der Nähe  
auch aufgelöste Urin  
Premier wurde getöt

Ungefähr einer  
König Richter veranla-  
serneffizier zwei Kom-  
ind nicht zu belägen.

Nach den versch-  
ordnung für die Renie

Mit großer S-  
zuflüsse Polizeiwür-  
bis zum 6. März würd

Arme 2500 Personen

**Süd**

Am Donnerstag  
Leitung die neue Am-  
es wieder zu schaffen  
gig und dem Justi-  
ordnete Menschen zurif  
Die bürgerlichen Par-  
ab, doch sie den Zeit  
geeignet halten. Die  
Sitzungen nach Oster-  
handlungen nahmen 1  
hebung der Wohnung  
trages der Regierung

Achtung!

Achtung!

## Billige Schuhe!

gibt es in Hohndorf, Restaur.  
„Schweizerhaus“. — Elegante  
Damen-, Herren- und Kinder-  
Schuhe in allen Farben u. Aus-  
führungen — Lederbandschuhe  
und Lederkappe — Größte  
Schuhwarenlager der Umgeg.

**Richard Abendroth.**

## Kurze,

mitgeteilt vom Bankhaus

Bayer & Heinze,  
Abteilung Lichtenstein-Callenberg

	15. 3.	16. 3.
Deutsche 5% Kriegsanleihe	77,10	77,10
" 4% Schwanenweißung	-	9,25
" 3% Reichsanleihe	66,75	67,-
" 3% "	65,75	65,75
" 4% "	67,025	69,125
Sächsische 3% Renten	57,0	57,125
Chemnitzer 4% Stadtbanknote	74,875	74,375
Dresden 4%	74,25	74,125
Leipziger 4%	90,-	93,75
Deutsche Hypoth. Bank 4% Pfandbr.	100,50	100,50
Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr.	95,125	95,-
" 4%	107,50	117,50
Sächs. Bod. Créd.-Anfl. 4% Pfandbr.	100,-	98,50
Hartmann Misch-Fabrik Ak	339,75	330,-
Misch-Fab. Koppel	919,75	919,50
Hermann Böde Ak.	268,-	260,-
Sachsenwerk Ak.	327,75	323,-
Schubert & Sohne Ak.	44,-	429,-
Wanderer Werke Ak.	649,-	643,-
Zimmermann Werkzeugmfd. Ak	268,75	256,-
Deutsche Bank	301,-	300,50
Dresdner Bank	217,875	217,-
Thüring. Ak.	199,-	199,50
Hamburger Paket. Ak.	186,50	188,-
Algem. Elekt.-Gesell.	880,-	880,-
Delitzscher Ak.	-	-
Chemnitzer Spinner (Freiwerke)	472,60	452,-
<b>Deutschen Kurset</b>		
Geld.	81,90	82,10
Brief	2160,30	2164,70
	-	-

Mittwoch abend 7 Uhr verschied sanft und still nach  
langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein  
herzensguter, heißgeliebter Sohn, unser lieber, sonniger Bruder,  
Schwager und Onkel,

**Herr Fabrikbesitzer**

## Paul Friedrich Wilhelm Zierold

Leutnant d. Res., Ritter des St. Heinrich-Ordens, E. K. I u. II  
und des Meiningenschen Verdienstordens,

im Alter von 28 Jahren.

Lichtenstein-Callenberg, am 17. März 1921.

In unsagbarem Weh:

**Bertha verw. Zierold** geb. Wunderlich

**Martin Zierold u. Frau Martha** geb. Seidel

**Johannes Zierold** und Braut

**Richard Fischer** und Frau Elsa geb. Zierold

**Paul Kirsten** und Frau Gertrud geb. Zierold

**Hilde Zierold**

**Alfred Meinert.**

Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen.

Die Beerdigung unseres lieben Entschlafenen findet Sonntag  
2 Uhr statt.